

Manfred Scheuch

Auf grünen Wegen nach Hainburg

Die dreijährige Regierungszeit von Bundeskanzler Fred Sinowatz war durch eine schwere Krise der Verstaatlichten, durch die Erstarkung der Grün-Bewegung, die sich im Konflikt um die Hainburger Au als neue politische Kraft etablieren konnte, und durch die Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten gekennzeichnet.

Österreich war nur von Ausläufern der 68er-Bewegung erreicht worden. Sozialistische Mittelschüler und Studenten verwandelten den Fackelzug am Vorabend des 1. Mai 1968 in eine Demonstration gegen den Vietnamkrieg und verpatzten tags darauf dem Wiener Bürgermeister Bruno Marek das Platzkonzert vor dem Rathaus.

In einem Universitätsinstitut provozierten Aktionskünstler mit Blut und Exkrementen auf ihre Weise die erstarrte Gesellschaft. In den Wohngemeinschaften einiger Kommunen wurde freier Sex geübt, der Maler Otto Mühl baute dies in der Folge mit jungen Leuten in der "aktionsanalytischen Kommune" Friedrichshof im Burgenland zu einem geschlossenen System aus, in dem schließlich die Absage an individuelle Partnerschaft und Privateigentum zu einer autoritären Herrschaft des Kommunegründers mit krasser Ausbeutung und Sexualkriminalität ausartete.

Die Ära Kreisky hatte Elemente der "Kulturrevolution" der 68er-Jugend teilweise in ihre Reformen eingebaut, teilweise überlagert; die gesellschaftliche Konfrontation und die Auswüchse, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland schließlich im Terrorismus der "Roten Armee Fraktion" mündeten, blieben Österreich dadurch erspart. Dass das Umweltbewußtsein indes gewachsen war und die Orientierung auf Wohlstandsmehrung und soziale Sicherheit einer Jugend, der nun höhere Bildung weitgehend offenstand, nicht mehr genügte, zeigte sich erstmals deutlich in der Verhinderung der Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf, wenn auch dabei das politische Kalkül der Volkspartei ins Gewicht fiel.

Als die Sozialisten bei der Nationalratswahl vom 23. April 1983 die absolute Mehrheit verloren, beendete Kreisky zwar seine Kanzlerschaft und legte im Herbst darauf auch seine Funktion als SPÖ-Vorsitzender der Partei nieder, zog aber dennoch bestimmend die Fäden für deren weitere Politik. Er schlug ohne Widerspruch den bisherigen Unterrichtsminister Fred Sinowatz zu seinem Nachfolger vor und riet zur Bildung einer kleinen Koalition mit der damals in einer liberalen Phase befindlichen FPÖ, was angesichts der Bedingungen, die der ÖVP-Verhandlungsführer Alois Mock stellte - so die sofortige Einstellung des Baus des Wiener Konferenzentrums -, und auch im Hinblick auf die bescheidene Position der Freiheitlichen, die vor allem als Mehrheitsbringer im Parlament zu fungieren hatten, nicht allzu schwer fiel.

Schon in das neue SPÖ-Programm von 1978 waren Ideen eingeflossen, die dem - insbesondere durch die warnenden Stimmen des "Club of Rome" - erstarkten Umweltbewußtsein Rechnung trugen. Die Regierung Sinowatz stellte sich aufgrund dieser Analyse in ihrem Energiekonzept die Aufgabe, die umweltverschmutzenden, veralteten kalorischen Kraftwerke verstärkt durch die umweltfreundliche, in Österreich reichlich vorhandene Wasserkraft zu ersetzen. Jedoch hatte gerade ein Versuch, dieses Konzept

auszuführen, im Dezember 1984 einen folgenschweren Konflikt mit den Umweltbewußten zur Folge.

Im Ausbauprogramm der verstaatlichten Energiewirtschaft war die Errichtung eines Donaukraftwerks bei Hainburg vorgesehen, und die Regierung hatte diesem Projekt zugestimmt. Die besonders in Studentenkreisen erstarkende Umweltbewegung und etliche Medien, allen voran die *Kronen-Zeitung*, begannen eine Kampagne gegen den Bau des Kraftwerks, weil sie durch dieses die umgebende urtümliche Aulandschaft mit ihrer in Mitteleuropa einzigartigen Flora und Fauna bedroht sahen. Die wachstumsorientierten Sozialpartner, sowohl die Industrie als auch die Gewerkschaften, waren für die Errichtung des Kraftwerks. Studenten und andere Umweltbewegte besetzten die Stopfenreuter Au, um die dort angesetzten Schlägerungen zu verhindern.

Ein Gendarmerieeinsatz gegen die Aubesetzer hatte eine Vertrauenskrise gegenüber der Regierung zur Folge. In der Anhängerschaft der großen Parteien waren die Meinungen über den Kraftwerksbau geteilt. Die Jugend tendierte dazu, dem Schutz der Au den Vorrang zu geben. Die an der Sicherung von Arbeitsplätzen interessierte Arbeiterschaft war - in einer Zeit, in der die Krisenerscheinungen ohnehin stärker wurden - für ein energisches Vorgehen gegen Verhinderer des Kraftwerks.

Als eine Konfrontation zwischen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft und den Umweltschützern drohte, verordnete Bundeskanzler Sinowatz, um diesen Konflikt nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen eskalieren zu lassen, eine "Nachdenkpause". Sie kam letztlich einer Aufgabe des Projekts gleich; die Errichtung der Staustufe Wien wurde vorgezogen. Der Konflikt wurde mit einem "Versöhnungsgespräch" zwischen Kanzler Sinowatz und dem Nobelpreisträger Konrad Lorenz beigelegt.

Die grün-alternative Bewegung erhielt durch diese ihre "Feuerprobe" beträchtlichen Auftrieb und begann sich als Partei zu organisieren. Bei so manchem Arbeiter aber war der Eindruck entstanden, dass es seiner Partei, der SPÖ, an dem notwendigen Durchsetzungsvermögen mangelte. Wie schon bei der Frage des Atomkraftwerks Zwentendorf hatte sich gezeigt, dass - zum Unterschied von früheren Jahrzehnten - im Umweltbereich, wie bei sozialen Anliegen noch immer, die "Klassenfrage" nicht mehr die entscheidende war.

Die drei Jahre der Regierung Sinowatz fielen aber keineswegs nur wegen des Widerstands in der Au in eine Zeit größter Schwierigkeiten. Schon während der zweiten Ölkrise im Jahr 1979 begann der Politik des "Durchtauchens" die Luft auszugehen. In den Jahren zuvor war es Österreich gelungen, gegenüber Deutschland und der Schweiz endlich aufzuholen, das österreichische Wirtschaftswachstum lag beträchtlich über dem westeuropäischen Durchschnitt, und die Arbeitslosigkeit blieb im Vergleich zu anderen Ländern äußerst gering. Auch gelang es, ausländische Großkonzerne - das eindrucksvollste Beispiel war General Motors - für Betriebsansiedlungen zu gewinnen. Gerade der Vorrang für das von der SPÖ hochgehaltene Ziel der Vollbeschäftigung aber führte dazu, dass - besonders in der verstaatlichten Industrie - die Strukturanpassung versäumt wurde. Die mühevoll erreichte und daher zunächst gepriesene Fusion der oberösterreichischen VOEST, dem Flaggschiff der Verstaatlichten, mit der Alpine erwies sich infolge der Schwäche der steirischen Unternehmen bald als nachteilig. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: In den Jahren von 1973 bis 1980 betrug der

Produktivitätszuwachs in der Industrie Österreichs insgesamt 30 Prozent, in der Verstaatlichten aber nur 12 Prozent.

Im Jahr 1985 traten die Schwierigkeiten, in die die VOEST-Alpine, durch die internationale Stahlkrise ohnehin unter schwerstem Druck, und die Chemie Linz geraten waren, offen zutage.

Ausgelöst wurde das Finanzdebakel durch fehlgeschlagene Ölspekulationen von Tochterfirmen, die die Verluste der Unternehmen in Milliardenhöhen steigen ließen. Die Zuschüsse, die der Staat den Unternehmen seit Jahren leisten musste, ließen die Staatsschulden von Jahr zu Jahr ansteigen. 1985 musste der VOEST-Vorstand zurücktreten, von der neuen Betriebsführung wurden Vorschläge für eine Entflechtung und Entstaatlichung erwartet. Ein erstes Beispiel dafür, daß schließlich aus der angesichts der international sich vollziehenden Konzentration, die die Nachteile der relativ kleinen österreichischen Staatsbetriebe offenlegte, Konsequenzen gezogen wurden, war der Verkauf der verstaatlichten Semperit-AG an den deutschen Reifenkonzern Continental. Damit begann für die SPÖ der "lange Abschied von einem Jugendtraum" (Ernst Hanisch).

Bundeskanzler Sinowatz war bemüht, die Nachwirkungen des Konflikts um Exminister Androsch, die seine Partei in zwei Lager teilten, aus der Welt zu schaffen. Bei einer Kabinettsumbildung holte er anstelle des demissionierten Finanzministers Herbert Salcher, der seine geplante Steuerreform nicht durchsetzen konnte, aber auch Weisung gegeben hatte, vermutete Steuerhinterziehungen seines Vorgängers zu untersuchen, den Generaldirektor der Länderbank, Franz Vranitzky, in die Regierung.

Aber der glücklose Burgenländer sah sich bald mit anderen Skandalen konfrontiert, die langwierige Gerichtsverhandlungen und parlamentarische Untersuchungsausschüsse nach sich ziehen sollten. So wurden illegale Waffenlieferungen der VOEST an den Iran aufgedeckt und erste Verdächtigungen eines für sechs Menschen auf dem Frachter "Lucona" tödlichen Versicherungsbetrugs laut; Bautenminister Sekanina trat nach - von ihm entkräfteten - Vorwürfen wegen eines Villenkaufs zurück. Empörung herrschte in der Öffentlichkeit auch darüber, dass der von der FPÖ gestellte Verteidigungsminister Frischenschlager den als Kriegsverbrecher verurteilten SS-Major Walter Reder, der aus der italienischen Haft entlassen worden war, mit Handschlag begrüßte.

Zu allem Überflus wurde in österreichischem Prädikatswein die Beimischung eines Pflanzenschutzmittels entdeckt, was den österreichischen Weinexport auf Jahre hinaus ruinierte.

Die Stimmung in der Öffentlichkeit richtete sich gegen den redlichen Mann an der Spitze der Regierung, der alle diese Erscheinungen weder verursacht noch gefördert hatte. In der SPÖ selbst beurteilte Alfred Dallinger, von 1980 bis zu seinem Tod bei einem Flugzeugabsturz 1989 Sozialminister, diese Entwicklung im Rückblick kritisch: "Der Partei scheint die Kraft der Vision, der Mut zur Utopie abhanden gekommen zu sein ... Aus einer Partei, deren zentrale Anliegen soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität mit den Benachteiligten waren, ist in den Augen vieler eine Großlobby zur Verteidigung eigener Besitzstände und Interessen geworden ... weithin gefühllos gegenüber Skandalen und Entartungen in den eigenen Reihen."

Die Ausgangslage für die mit dem Ende der zwölfjährigen Amtszeit von Rudolf Kirchschläger 1986 notwendig gewordene Neuwahl des Bundespräsidenten war unter den gegebenen Umständen für die SPÖ nicht rosig. Sinowatz hatte seinen Gesundheitsminister, den Arzt Kurt Steyrer, zur Kandidatur bewogen, die ÖVP stellte noch einmal den (bereits 1971 gegen Franz Jonas unterlegenen) früheren Außenminister Kurt Waldheim auf, dessen Bonus als ehemaliger UNO-Generalsekretär sie als Chance ansehen konnte, die lange Reihe der von der SPÖ nominierten Präsidenten zu unterbrechen.

Waldheim wurde sehr bald vom Jüdischen Weltkongress in den USA verdächtigt, als ehemaliger deutscher Wehrmachtsoffizier seine Teilnahme an Kriegsverbrechen verschleiern zu haben. Zunächst schienen die Vorwürfe den Sozialisten eine willkommene Wahlkampfunterstützung, doch führten sie schon bald zu einer sehr emotionell geführten Diskussion, in deren Verlauf sich Österreich plötzlich mit sehr unschönen Seiten seiner Vergangenheit, die jahrelang unter den Teppich gekehrt worden waren, konfrontiert sah (mehr über die bedeutsamen Folgen, die dadurch ausgelöst wurden, im nächsten Kapitel). Schon in der Wahl vom 4. Mai 1986 erhielt Waldheim eine relative Mehrheit der Stimmen, nach Ausscheiden zweier Zählkandidaten stand als Ergebnis 53,9 Prozent für Waldheim gegen 46,1 Prozent für Steyrer fest.

Einen Tag nach der Wahl, am 9. Juni, gab Fred Sinowatz seinen Rücktritt als Bundeskanzler bekannt. Zugleich schlug er, in seiner Funktion als Parteivorsitzender, den bisherigen Finanzminister Franz Vranitzky als neuen Regierungschef vor. Es war dies eine Entscheidung, die von der Parteiführung angenommen wurde und sehr bald dazu beitrug, die SPÖ, die nun schon sechzehn Jahre die Verantwortung für den Staat trug, aus ihrem Tief herauszuholen.

Vranitzky führte seine Rolle als Chef der zunächst fortgeführten kleinen Koalition vorerst eher lustlos aus, weil er einer Verbindung mit der FPÖ vor allem aus ideologischen Gründen distanziert gegenüberstand (eine Haltung, die er mit vielen Mitgliedern seiner Partei teilte). Als die Freiheitlichen am 15. September 1986 auf ihrem Innsbrucker Parteitag ihren Obmann Norbert Steger, der als Repräsentant des liberalen Flügels galt, stürzten und die deutschnationalen und antisozialistischen Delegierten den 36jährigen Oberösterreicher Jörg Haider als neuen Parteichef durchsetzten, kündigte Vranitzky die Regierungskoalition auf.

Der Nationalrat beschloss seine vorzeitige Auflösung, und am 23. November wurde gewählt. Dabei mussten die beiden Großparteien leichte Verluste hinnehmen: die SPÖ zog mit 80 (statt bisher 90), die ÖVP mit 77 (81) in den Nationalrat ein. Haider steigerte die Mandatszahl für seine Partei von 12 auf 18, und erstmals waren nun auch die Grünen, die 1983 noch wegen innerer Streitigkeiten in zwei Gruppierungen zur Wahl angetreten und gescheitert waren, mit 8 Sitzen im Parlament vertreten.